

Neutralität

Bern, den 29. Mai 1967/BK/me

ca

Gruppe GrüterZusammenarbeit zwischen Neutralen

Heute ist viel von Zusammenarbeit zwischen neutralen Staaten Europas die Rede. - Dieser Begriff der Zusammenarbeit darf indessen nicht allzu extensiv gedeutet werden. Die Kooperation ist in den meisten Fällen nicht ein Zusammenlegen der beidseitigen Bestrebungen, um ein gemeinsames einzelnes Ziel zu erreichen. Vielmehr geht es darum, auf Gebieten, in denen zwei Länder dieselben Ziele haben, Erfahrungen auszutauschen, damit beide diese Ziele rationeller, aber doch je einzeln zu erreichen vermögen. Als Beispiel möchte ich die schweizerisch-schwedische Zusammenarbeit auf militärtechnischem Gebiet nennen: Es ist vorwegzunehmen, dass hier jegliche Beeinträchtigung der Neutralität, von beiden Ländern übrigens, vermieden wird. Es versteht sich von selbst, dass ein neutrales Land auch mit einem neutralen Zweitstaat keinen militärischen Pakt abschliessen darf. Mithin geht es nicht um gegenseitige Hilfeleistung im Kriegsfall, sondern um eine Rationalisierung der je eigenen Rüstung. Dies k a n n geschehen durch den Austausch von Informationen, gemeinsame Forschung, Projektierung und Beschaffung sowie u.U. durch gemeinsame Benützung von Einrichtungen für Ausbildungs- und Erprobungszwecke. In all diesen Gebieten findet keine Beeinträchtigung der Neutralitätspolitik statt. (Für die materielle Durchführung dieser Zusammenarbeit ist natürlich das EMD zuständig, weshalb diesbezügliche Fragen hier nicht beantwortet werden können.)

Die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Oesterreich befindet sich erst in ihrem Anfangsstadium. Es ist vorgesehen, einen Notenwechsel über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe abzuschliessen. Dieser Idee liegt die Ueberlegung zugrunde, dass die den beiden Regierungen zur Verfügung



stehenden Mittel nicht genügen, einzeln allen Gesuchen zu entsprechen, die an sie gerichtet werden. Würden nun gemeinsame Projekte unternommen, so könnten damit sowohl die Schweiz wie auch Oesterreich ihren guten Willen gegenüber dem betreffenden Land bezeugen, wobei aber die Kosten für beide Länder nur halb so hoch wären, wie wenn sie das Projekt alleine durchführten. (Mögliche Projekte wären die Errichtung eines Wasserkatasters im Raum Songea in Tanzania sowie der Bau einer Schreinerei in Malawi.)- Auf andern Gebieten beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Oesterreich auf den Austausch von Informationen und Erfahrungen. So hat die österreichische Regierung z.B. zugesagt, uns regelmässig über ihre neutralitätspolitischen Erfahrungen in der UNO auf dem laufenden zu halten. Ferner ist vorgesehen, in Zukunft vor der Sitznahme einer internationalen Organisation gegenseitig abzusprechen, ob hierfür eher Genf oder Wien in Frage käme, um zu vermeiden, dass sich die beiden Städte in dieser Beziehung konkurrenzieren. Nebenbei sei bemerkt, dass der Bundesrat keineswegs ein diesbezügliches Monopol für Genf beansprucht, sondern lediglich der Meinung ist, dass sich internationale Organisationen nach rationalen Gesichtspunkten etablieren sollten. So wäre z.B. eine Konzentration der wirtschaftlichen Organisationen in Genf zweifellos von Vorteil, weil die Mitgliedstaaten dadurch nicht gezwungen wären, in verschiedenen Städten Wirtschaftsspezialisten zu akkreditieren.

#### Kritik am Wienerbesuch

Im Zusammenhang mit meinem Wienerbesuch möchte ich noch kurz auf die verschiedenen kritischen Stimmen eingehen, die in der Presse hierüber lautgeworden sind: Wie Sie wissen, versucht die österreichische ~~OeVP~~-Regierung, im Alleingang mit der EWG ins Reine zu kommen. (Sie tut dies gegen den ausdrücklichen Wunsch der sozialistischen Opposition.) Die Schweiz ihrerseits hat nie einen Hehl aus der Tatsache gemacht, dass

sie zwar keineswegs integrationsfeindlich eingestellt ist, dass sie aber ein gemeinsames Vorgehen der EFTA-Länder oder zumindest der neutralen Staaten innerhalb der EFTA einem ~~je~~ einzelnen, bilateralen Verhandeln vorzieht. Die Ergebnisse der britischen und österreichischen Sondierungen haben die Unrichtigkeit der schweizerischen These bislang nicht beweisen können. Es ging während meines Wiener-Besuches nie darum, die österreichische Regierung wegen ihres Vorprellens zu "rügen". Beide Delegationen haben offen und zum Teil öffentlich ihren Standpunkt beschrieben. Da österreichischerseits diese Publizität nicht unterbunden wurde, ist klar, dass die Explikation des schweizerischen Standpunktes von der internen Opposition aufgegriffen werden konnte. Ich bin der Meinung, (und Aussenminister Toncic teilt diese Ansicht) dass der schweizerische Standpunkt in der Integrationsfrage offen dargelegt werden darf. Unsere Haltung ist bekannt, und wir haben grundsätzlich nichts zu verbergen. ~~Wenn diese~~ Offenheit <sup>kann</sup> die Position der österreichischen Regierung tatsächlich schwächen sollte, was sie nicht getan hat, so spricht dies, wenn überhaupt, eher gegen die österreichische Integrationspolitik als gegen die Tatsache, dass wir unsere Auffassung nicht verschwiegen haben.

